



## **Lars Klingbeil Mein Jahr 2012 im Bundestag**

Rechenschaftsbericht Ihres  
SPD-Bundestags-  
abgeordneten für den  
Wahlkreis Rotenburg I -  
Soltau-Fallingbommel



## Liebe Bürgerinnen und Bürger

Ich wünsche Ihnen viel Spaß bei der Lektüre meines dritten Rechenschaftsberichts als Mitglied des Deutschen Bundestages. Ich will Ihnen einen Einblick in meine Arbeit geben. Über Ihre Rückmeldungen und Anmerkungen zu meinem Bericht freue ich mich sehr. Ich bin der festen Überzeugung, dass unsere Demokratie am besten funktioniert, wenn sie für die Bürgerinnen und Bürger transparent und nachvollziehbar ist. Mit meinem Rechenschaftsbericht 2012 möchte ich dazu einen Beitrag leisten.

Im Jahr 2012 habe ich die eingeschlagenen neuen Wege weiterverfolgt. Auch wenn im dritten Jahr als Abgeordneter vieles schon bekannt ist und die Abläufe sich ähneln, war es mir immer wichtig, nicht in eine politische Routine zu verfallen. Ich habe weiterhin Herangehensweisen hinterfragt und neue Ideen eingebracht.

Die Möglichkeiten aus der Opposition heraus zu gestalten, waren auch im dritten Jahr im Deutschen Bundestag begrenzt. Das Engagement und die Unterstützung der Menschen aus meinem Wahlkreis waren für mich jedoch stets Antrieb und Motivation zugleich, nicht locker zu lassen. Auch im Jahr 2012 habe ich so, zusammen mit den Politikerinnen und Politikern aus der Kommunal- und Landespolitik, verschiedene Initiativen auf den Weg gebracht, Anfragen an die Ministerien gestellt und Themen in die Presse gebracht. Gemeinsam konnten wir dabei einiges erreichen.

Im Zentrum meiner Arbeit steht der Austausch mit Ihnen, den Bürgerinnen und Bürgern aus meinem Wahlkreis. Ihre Fragen, Ideen und Anmerkungen sind häufig der Ausgangspunkt für Veränderungen in unserer Gesellschaft. Viele von Ihnen treffe ich bei Veranstaltungen vor Ort und komme dort mit Ihnen ins Gespräch. Ich freue mich aber auch immer über Zuschriften aus dem Wahlkreis. Diese können entweder per E-Mail an [lars.klingbeil@bundestag.de](mailto:lars.klingbeil@bundestag.de) oder postalisch an Lars Klingbeil, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin gesandt werden. Auch über die sozialen Netzwerke bin ich erreichbar. Darüber hinaus möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, dass ich in regelmäßigen Abständen Newsletter verschicke. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie diesen Newsletter unter [www.lars-klingbeil.de/aktuell/newsletter](http://www.lars-klingbeil.de/aktuell/newsletter) abonnieren und wir so in Kontakt bleiben.

Bei Fragen und Anmerkungen können Sie gerne jederzeit auf mich zukommen.

Ihr  
  
Lars Klingbeil, MdB

## Meine Arbeit für den Wahlkreis

Im Mittelpunkt meiner politischen Arbeit stehen die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger. Politik bedeutet für mich, präsent zu sein und mich zu kümmern. Neben meinem Wahlkreis, bestehend aus dem Südkreis Rotenburg und dem Heidekreis, betreue ich noch die Landkreise Osterholz, Stade und Verden, sowie den Nordkreis Rotenburg. Es ist mir wichtig, auch trotz der großen Distanzen regelmäßig vor Ort zu sein. Die Anliegen, auf welche ich bei Gesprächen oder Veranstaltungen aufmerksam gemacht werde, nehme ich mit nach Berlin oder gebe sie an meine Kollegen weiter. Mein Ziel ist es, immer möglichst zeitnah eine Rückmeldung zu geben.



Ich nehme jedoch nicht nur Fragen und Ideen mit nach Berlin, sondern lade zudem regelmäßig Kolleginnen und Kollegen aus der SPD-Bundestagsfraktion in unsere Region ein. Ich habe mich sehr gefreut, dass im Jahr 2012 u.a. Carsten Schneider in Soltau zur Schuldenkrise in Europa referiert hat, Stefan Schwartze in Rotenburg über das Konzept der SPD zur Ganztagschule Auskunft gegeben hat und Franz Müntefering zum Thema demografischer Wandel nach Verden gekommen ist. Mein persönliches Highlight war die Zusage von Frank-Walter Steinmeier, dem Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, zu meinem Nominierungsparteitag nach Walsrode zu kommen. Hierzu später mehr.





Aber auch Ihre Besuche in Berlin machen mir immer wieder Freude. Viele Gruppen aus unserer Region haben mich im Jahr 2012 im Deutschen Bundestag besucht. Oft sind dies Schulklassen, aber auch Ortsvereine und lokale Vereine heiße ich immer herzlich willkommen im Parlament. Ich freue mich aber natürlich auch über den Besuch von Einzelpersonen. Leider habe ich meist nur eine Stunde Zeit für den persönlichen Austausch im Reichstag, aber häufig ergeben sich aus diesen Besuchen auch Anschlusstermine vor Ort. Darüber hinaus bekomme ich regelmäßig Besuch von Betriebsräten und Unternehmern aus unserer Region. Die SPD-Bundestagsfraktion veranstaltet mehrmals im Jahr Betriebsrtekonferenzen, zu denen ich interessierte Betriebsräte einladen kann. Die rege Teilnahme und die guten Gespräche sind mir eine wichtige Unterstützung in meiner Arbeit.



Einen ganz besonderen Besuch durfte ich im Frühjahr 2012 in Berlin begren. Gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern der Oberschule Bad Fallingbstel habe ich Erde aus dem Heidekreis und den Landkreis Rotenburg in die interaktive Kunstinstallation „Der Bevölkerung“ des Künstlers Hans Haacke im Deutschen Bundestag eingebracht.



Alle Bundestagsabgeordneten sind eingeladen, aus ihrem Wahlkreis Erde nach Berlin zu bringen und diese um die Leuchtbuchstaben der Kunstinstallation auszustreuen. Die damit entstehende freie Vegetation wird dabei Teil des Kunstwerks und stellt die Veränderungen in der Bevölkerung da. Die Vermischung der Erde aus allen Wahlkreisen bekräftigt zudem die Zusammengehörigkeit aller Regionen und die Feststellung, dass die im Parlament verhandelten Fragen alle Bürger gleichermaßen betreffen. Ich hatte zuvor an der KGS Schneverdingen, der Oberschule Bad Fallingbostal und in der Bildnerischen Werkstatt der Rotenburger Werke Erde eingesammelt und nach Berlin transportiert. Vor allem habe ich mich dabei über das große Engagement vor Ort gefreut.

Vor Ort waren die verschiedenen Verkehrsprojekte ein großes Thema. In der Frage „Y-Trasse“ gab es im Jahr 2012 positive Entwicklungen. Bahnchef Grube war mehrmals da und hat mit den verschiedenen Initiativen diskutiert. Im Frühjahr 2013 werden die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie der Y-Trasse veröffentlicht. Herr Grube hat mir zugesichert, dass er die Initiativen vor Ort umfassend informieren wird. Ein weiteres Thema im Schienenverkehr war die Amerikalinie. Auch hierzu habe ich mich mit dem Bahnchef getroffen. Er hat mir bestätigt, dass der Ausbau der Amerikalinie, die zwischen Visselhövede und Uelzen durch den Wahlkreis verläuft, aus Sicht der Deutschen Bahn eine hohe Bedeutung hat. Das ist ein wichtiges Signal für unsere Bemühungen vor Ort. Es gilt jetzt die Voraussetzungen zu schaffen, damit diese Maßnahme schnell umgesetzt werden kann.

In Soltau ist der fehlende barrierefreie Zugang im Bahnhof zu den Bahnsteigen nach wie vor ein Thema. Ich habe mich daher vor Ort informiert und mich mit der Bahn in Verbindung gesetzt. Die Bahn hat darauf verwiesen, dass die Baumaßnahmen zur Barrierefreiheit erst im Rahmen des Streckenausbaus Soltau-Walsrode vorgenommen werden sollen. Die Befürchtung, dass diese erst im Jahre 2016 oder noch später fertiggestellt werden könnten, hat die Stadt Soltau und weitere Akteure der Stadt ver-

anlasst über einen Klageweg nachzudenken. Ich habe großes Verständnis für die Frustration auf Seiten der Stadt und der verschiedenen Akteure in Soltau. Dass Menschen mit Behinderung an diesem Bahnhof so klar benachteiligt werden, ist ein in unserer Gesellschaft nicht zu ertragender Zustand. Ich werde daher auch weiterhin die Situation am Bahnhof Soltau verfolgen und mich für eine schnelle Verbesserung einsetzen.



Im Bereich des Straßenbaus stand vor allem die A7 im Fokus. Hier ging es um die Nutzung der Panzerringstraße, den Lärmschutz an der A7 und um die Rastanlage Allertal. Viele Bürger hatten mich darauf hingewiesen, dass seit einiger Zeit die Straße über den Truppenübungsplatz nicht mehr als Entlastung bei Stau zwischen Soltau und Walsrode genutzt werde. Nach mehreren Gesprächen vor Ort, u.a. mit dem Verkehrsverein Bad Fallingbostal, den zuständigen Polizeidienststellen und der Truppenübungsplatzkommandantur Bergen, habe ich mich beim Bundesverkehrsministerium für eine Lösung der Problematik eingesetzt. Das Ministerium teilte mir mit, dass die niedersächsische Straßenbauverwaltung und die Bundeswehr an einer baldigen Lösung arbeiten. Ich werde an diesem Thema dran bleiben.



Auch zum Thema „Lärmschutz an der A7“ habe ich mich an das Bundesverkehrsministerium gewandt. Die Ortsvorsteher der Ortschaften Bockhorn, Krelingen und Westenholz sind mit mir in Kontakt getreten. Zusammen haben wir einen Fragenkatalog erarbeitet und diesen an das Ministerium gesandt. Leider war die Antwort eher ernüchternd und es sind nur wenige Lärmschutzmaßnahmen geplant. Generell brauchen wir beim Lärmschutz aber ein Umdenken. Wir müssen uns mit dem Phänomen des additiven Lärms beschäftigen. Viele Betroffene sind durch mehrere Lärmquellen belastet, wie hier durch die A7, die A27 oder den Truppenübungsplatz. Bisher wird diesem Umstand gesetzlich nicht Rechnung getragen, sondern jede Lärmquelle einzeln bewertet.



Mit Fragen zu den Entwicklungen an der Raststätte Allertal, hinsichtlich Lärmschutz und Zufahrtsmöglichkeiten für Rettungsfahrzeuge, war ich im ständigen Austausch mit dem Verkehrsministerium. Die Entscheidungen wurden dann aber erst Anfang 2013 bekannt gegeben. Die Thematik „Raststätte Allertal“ ist ein gutes Beispiel dafür, dass Politik oft das Bohren dicker Bretter ist und Hartnäckigkeit sich auszahlt.



Ein verkehrspolitisches Dauerthema vor Ort ist die Entwicklung in der Wasserschifffahrt. Die Reformpläne der Bundesregierung sehen zum Einen die Herabstufung der Aller zur Restwasserstraße vor und zum Anderen den Umbau der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV). Beides würde weitreichende Konsequenzen für unsere Region haben. Ich halte es für sehr problematisch, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung nicht inhaltlich begründen kann, warum die Schritte notwendig oder gar sinnvoll sind. Was mich jedoch insbesondere stört, ist, dass die Menschen vor Ort nicht in die Planungen einbezogen werden. Weder die Betriebsräte im Fall der WSV-Reform, noch die Kommunen im Fall der drohenden Herabstufung der Aller sind bis heute umfassend informiert, geschweige denn in die Planungen involviert.

Das Jahr 2012 stand auch im Zeichen der Diskussionen um das Thema Fracking. Fracking ist eine Methode der Förderung von Erdgas, bei der in technische Bohrungen eine Flüssigkeit eingepresst wird, um im Gestein Risse zu erzeugen, aufzuweiten und zu stabilisieren. Dadurch wird die Gas- und Flüssigkeitsdurchlässigkeit der Gesteinsschicht erhöht, so dass Fluide wie Erdgas, Erdöl oder Wasser leichter zur Bohrung hin fließen können. Das Fracking birgt jedoch auch Risiken und viele Auswirkungen auf die Umwelt sind noch nicht gelöst. Die SPD im Bundestag hat sich daher immer wieder für ein Moratorium für alle Frackingmaßnahmen und für ein generelles Verbot von Fracking in Trinkwassergewinnungsgebieten eingesetzt. Darüber hinaus wollen wir, dass die betroffenen Kommunen mehr Einflussmöglichkeiten bekommen und die Bevölkerung vor Ort besser eingebunden wird. Leider wurden alle unsere Initiativen im Bundestag im Jahr 2012 von der schwarz-gelben Regierungskoalition abgelehnt. Hier heißt es, im Jahr 2013 am Ball zu bleiben und weiter Druck zu machen.





Am 1. November 2012 sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Firma Neupack in Rotenburg und Hamburg in den Streik getreten. Sie kämpfen für einen Haustarifvertrag. Ich war mehrfach vor Ort und habe mit den Kolleginnen und Kollegen gesprochen. Die Zustände in diesem Unternehmen sind aus meiner Sicht mit unseren Ansprüchen an Arbeitnehmerrechte nicht mehr vereinbar. Ungleiche Bezahlung für gleiche Arbeit und niedrige Stundenlöhne sind nicht hinnehmbar. Dies gilt aber nicht nur für Neupack. Wir brauchen in Deutschland generell wieder Recht und Ordnung am Arbeitsmarkt. Dazu gehören der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ beim Stammpersonal und der Leihbelegschaft, Maßnahmen gegen den Missbrauch von Werkverträgen und Minijobs sowie der gesetzliche Mindestlohn. Weil die aktuelle Bundesregierung diese neue Ordnung am Arbeitsmarkt verweigert, trägt sie auch die Verantwortung für die Ausbeutung von Arbeitnehmern in Deutschland. Dies gilt es nach der Bundestagswahl zu ändern.

Leider wurde von der schwarz-gelben Koalition im letzten Jahr auch das Betreuungsgeld beschlossen. Wider besseren Wissens, gegen die eigene Überzeugung der meisten FDP-Abgeordneten und obwohl noch immer über 200.000 Krippenplätze in Deutschland fehlen. 150 Euro Belohnung für Eltern, die ihre Kinder von der Krippe fernhalten, war und ist aus meiner Sicht ein fataler politischer Ansatz. Das Betreuungsgeld kostet allein im Jahr 2013 über 50 Millionen Euro, obwohl es erst ab dem 1. August ausgezahlt wird. Die Kosten erhöhen sich dann in den nächsten Jahren auf mindestens 1,1 Milliarden Euro pro Jahr. Besonders die Begründung der Koalition für das Betreuungsgeld

ist absurd. Es geht um Wahlfreiheit für die Eltern. Das Problem ist, dass es für viele Eltern in Deutschland keine Wahlfreiheit gibt, weil es zu wenig Krippenplätze und zu wenig Ganztagsangebote im Kita- und Grundschulbereich gibt. Viele Eltern und vor allem Mütter müssen heute zu Hause bleiben, weil die Angebote fehlen. Auch die fehlende Flexibilität der Öffnungszeiten ist an vielen Standorten ein Problem. Da müssen wir ansetzen und genau da brauchen wir auch mehr Geld, um das Angebot und die Qualität in Krippen und Kitas zu verbessern.

Im Bereich der Massentierhaltung brauchen wir endlich klare Regelungen und mehr Mitsprache für die betroffenen Kommunen. Das ist in vielen Gesprächen im letzten Jahr deutlich geworden. Als SPD-Bundestagsfraktion haben wir daher einen Antrag eingebracht, der diese klaren Regelungen vorsieht. Wir wollen, dass die Kommunen durch eine Präzisierung im Baugesetzbuch und durch Regelungen im Bauplanungsrecht Möglichkeiten zur Steuerung und zum Ausschluss von Intensivtierhaltungsanlagen erhalten. Außerdem soll der Tierschutzgedanke gestärkt werden. Leider wurde dieser Antrag abgelehnt und die Beratungen zur Änderung des Baugesetzbuches dauern nach wie vor an.

Ein persönliches Highlight 2012 war die Nominierungskonferenz am 1. Dezember in der Stadthalle Walsrode. Ich habe mich sehr darüber gefreut, dass so viele Genossinnen und Genossen nach Walsrode gekommen sind und mich mit einem tollen Ergebnis zu ihrem SPD-Kandidaten für die Bundestagswahl 2013 nominiert haben. Ich trete mit dem klaren Ziel an, den Wahlkreis direkt zu gewinnen. Besonders froh war ich aber auch darüber, dass mit Frank-Walter Steinmeier, der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, als Gastredner in den Heidekreis gekommen ist. Er hat in seiner Rede die Verfehlungen der aktuellen Regierung klar benannt und deutlich aufgezeigt, warum wir im September 2013 einen politischen Wechsel in Deutschland brauchen.

## Meine Arbeit in Berlin: Verteidigungs- ausschuss

Auch das Jahr 2012 im Verteidigungsausschuss war arbeitsreich. Ich habe mich über das Jahr vor allem für die Verbesserung der Kommunikation für Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz stark gemacht. Aber uns haben natürlich auch die Entwicklungen rund um die Bundeswehrreform sehr beschäftigt.

Bei meinen Gesprächen mit Soldatinnen und Soldaten, die aus dem Einsatz zurück gekehrt sind und auch bei meinem Besuch in Afghanistan bin ich immer wieder darauf hingewiesen worden, welche großen Probleme bei der Kommunikation der Soldaten im Einsatz mit ihren Familien zu Hause bestehen. Der Kontakt der Soldaten im Einsatz mit ihren Familien ist für beide Seiten in dieser persönlich schwierigen Phase unglaublich wichtig und ich wollte sicher gehen, dass wir alles tun, um diese Kommunikation zu gewährleisten.



Gemeinsam mit weiteren jungen Abgeordneten aller Fraktionen habe ich deshalb in einer Arbeitsgruppe Vorschläge erarbeitet, um diese Situation zu verbessern. Gerade wir jungen Abgeordneten waren uns einig, dass die technischen Möglichkeiten heute

vorhanden sind, um eine reibungslose Kommunikation sicher zu stellen. Wir haben mit Soldaten, Telekommunikationsanbietern und Vertretern aus Ministerien und Bundeswehr gesprochen und gemeinsam einen Maßnahmenkatalog erarbeitet. Ich habe auch im Internet dazu aufgerufen Beispiele zu nennen, an welchen Stellen es für die Soldatinnen und Soldaten Probleme gibt. Die Resonanz darauf war sehr groß und das hat noch einmal bestätigt, wie drängend das Problem ist. Die Kapazitäten reichen in vielen Unterkünften nicht aus, um eine Videotelefonie beispielsweise per Skype zu ermöglichen. An den wenigen öffentlichen Rechnern ist zudem die Privatsphäre nicht gewährleistet. Das sind nur einige der Schwierigkeiten. Zusammen mit Abgeordneten aus der Union, von der FDP und den Grünen habe ich einen interfraktionellen Antrag erarbeitet und in den Bundestag eingebracht.

Dieser Antrag wurde dann auch verabschiedet, so dass das Ministerium nun den Auftrag hat die Betreuungskommunikation konkret zu verbessern. Seither habe ich mit verschiedenen Anfragen an das Ministerium immer wieder überprüft, inwieweit die Verbesserungen voranschreiten. Beim neuen Einsatz in der Türkei wurde gleich von Anfang an auf eine ausreichende Betreuungskommunikation geachtet. Für Afghanistan gilt, dass wir den Druck hochhalten müssen.

Im Jahr 2012 begann auch die Debatte um die Neuregelung des Melderechts. Ursprünglich war vorgesehen, dass sich Soldatinnen und Soldaten an den Standorten nicht mehr melden müssen. Dies hätte für Munster und Rotenburg sowie viele andere Kommunen deutliche finanzielle Einbußen bedeutet. Ich habe mich daher bereits bei den Beratungen im Bundestag für einen Mittelweg ausgesprochen, der sowohl die Interessen der Soldatinnen und Soldaten als auch der Standortkommunen berücksichtigt. Nachdem der Bundesrat das Meldegesetz in den Vermittlungsausschuss überwiesen hatte, ist es dort gelungen einen Kompromiss zu finden. Eine Ausnahme von der Meldepflicht besteht hiernach nur, sofern die Unterkunft am Standort für nicht länger als 12 Monate bezogen wird. Damit werden die Soldatinnen und Soldaten von Bürokratie entlastet und die Bundeswehrstandorte finanziell nicht überfordert.



Die Bundeswehrreform hat mich gleich auf zwei Ebenen beschäftigt. Zum Einen stehen für mich die Veränderungen an den Standorten im Mittelpunkt. In Rotenburg und Munster gibt es erhebliche Veränderungen. Die gravierendste Veränderung steht allerdings in Visselhövede an. Dort werden fast alle Soldatinnen, Soldaten und Zivilbeschäftigten abgezogen. Allerdings gibt es noch keinen verlässlichen Zeitplan, der allen Beteiligten Planungssicherheit gibt. Ich unterstütze die Stadt Visselhövede nach Kräften dabei, Lösungen für die Nachnutzung des Geländes zu finden. Allerdings brauchen potentielle Investoren Planungssicherheit und Verbindlichkeit. Durch Anfragen an die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) und das Verteidigungsministerium versuche ich hier immer wieder zu helfen.

Zum Anderen wurde im letzten Jahr das Reformbegleitgesetz der Bundeswehr im Bundestag verabschiedet, welches meines Erachtens das Herzstück der Reform darstellt. Das Gesetz sollte ein Signal an die Soldatinnen und Soldaten sowie die Zivilbeschäftigten sein, wie künftig mit ihnen umgegangen wird. Es wird allerdings den demografischen Herausforderungen nicht gerecht. Der bestehende Personalüberhang kann nicht wirkungsvoll und attraktiv abgebaut werden. An anderen Stellen, wie etwa den Hinzuverdienstgrenzen, konnte der Bundestag gegenüber den Vorschlägen der Regierung noch erhebliche Verbesserungen durchsetzen. Ich bin überzeugt: Nur wenn die Bundeswehr im Rahmen der Reform attraktiver gestaltet wird, wird die Reform gelingen. Eine Studie des Bundeswehrverbandes hat ergeben, dass 66 Prozent der Beschäftigten bei der Bundeswehr ihren Kindern diesen beruflichen Weg nicht mehr vorschlagen würden. Dies sollte uns alarmieren.

## Meine Rolle in Berlin: Netzpolitischer Sprecher

Das Jahr 2012 ist aus netzpolitischer Sicht vor allem eng mit dem Begriff „Acta“ verbunden. Zum ersten Mal gingen weltweit Millionen Menschen für ein netzpolitisches Thema auf die Straße. Die Pläne für das internationale Anti-Piraterie-Abkommen hat Internetnutzer, Bürgerrechtler und Netzaktivisten aufgeschreckt, weil sie die Freiheit des Internets durch die weitergehenden Maßnahmen zur Bekämpfung von Urheberrechtsverletzungen bedroht sahen. Die Politik war beeindruckt von den Protesten und hat Acta zunächst auf Eis gelegt. Vielen meiner Kollegen ist die Bedeutung des Themas Netzpolitik durch die Wucht der Proteste erst richtig bewusst geworden. Für meine Arbeit als netzpolitischer Sprecher hat diese Entwicklung vieles erleichtert.

Ich bin davon überzeugt, dass das Internet und die Digitalisierung alle Politikfelder betreffen und viele Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenlebens verändern. Netzpolitik ist Gesellschaftspolitik. Dieses Denken ist Grundlage meiner Arbeit in der Enquete-Kommission „Internet und Digitale Gesellschaft“, im Unterausschuss „Neue Medien“ und als netzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.



Ein Thema, das das ganze Jahr im Mittelpunkt stand ist der Breitband-Ausbau. Der Zugang zum schnellen Internet gehört aus meiner Sicht heute zur öffentlichen Daseinsvorsorge, weil er die Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe in der digitalen Gesellschaft darstellt. Der Bedarf an höheren Bandbreiten wird tendenziell eher steigen – wir kennen bei uns in der Region im Heidekreis und im Landkreis Rotenburg die Schwierigkeiten, die es gerade in ländlichen Gebieten mit dem Zugang zum schnellen Internet gibt. Ich habe gemeinsam mit Kollegen aus der Bundestagsfraktion ein Breitband-Konzept erarbeitet, das sehr viele Maßnahmen beinhaltet, um beim Breitbandausbau endlich voranzukommen. Die Bundesregierung ist hier untätig geblieben. Auch im Jahr 2013 wird der Breitbandausbau weiter im Mittelpunkt meiner Bemühungen stehen. Dazu werden wir eine Initiative zur Förderung der digitalen Wirtschaft starten.



Ein weiterer Schwerpunkt meiner Arbeit im Jahr 2012 war die Erarbeitung eines Kreativpakts. Der Kreativpakt ist ein Bündnis von Kultur, Wirtschaft und Politik. Frank-Walter Steinmeier hatte Siegmund Ehrmann und mich beauftragt, im Rahmen des Projektes „Zukunft der SPD-Bundestagsfraktion“, Vorschläge zu erarbeiten, wie das Potenzial der Kreativwirtschaft gestärkt werden kann. Kreativität ist der Rohstoff des 21. Jahrhunderts. Die in der Kreativwirtschaft Beschäftigten müssen verlässlich sozial abgesichert sein und die Rahmenbedingungen kreativer Arbeit – vom Urheberrecht über die Netz- und Bildungspolitik bis zur Kultur- und Wirtschaftsförderung – müssen verbessert werden. Im Jahr 2013 werden wir mit dem Kreativpakt verstärkt in die Öffentlichkeit gehen.

Die Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ hat inzwischen ihre Arbeit abgeschlossen. Im Mai 2013 werden wir im Plenum des Bundestages über die Ergebnisse diskutieren. Dann wird auch der Abschlussbericht in einer endgültig überarbeiteten Version vorliegen.

In den Gesprächen vor Ort im Wahlkreis versuche ich neue Anregungen aufzunehmen, aber auch die Auswirkungen der Politik in Berlin für das Leben vor Ort zu erklären. Neben den Gesprächen im Wahlkreis bin ich über das Internet jederzeit erreichbar. Viele Menschen nutzen die Möglichkeit mich bei Facebook, Twitter und per E-Mail zu kontaktieren. Regelmäßig schreibe ich einen Newsletter ([www.lars-klingsbeil.de/aktuell/newsletter](http://www.lars-klingsbeil.de/aktuell/newsletter)), in dem ich über aktuelle Entwicklungen berichte und zu einzelnen Themen Stellung nehme. Meine politische Arbeit lebt vom Meinungsaustausch.

Bei den namentlichen Abstimmungen im Deutschen Bundestag wird festgehalten, wie die einzelnen Abgeordneten abgestimmt haben. 2012 gab es 83 namentliche Abstimmungen. Mein Abstimmungsverhalten bei den wichtigsten Abstimmungen des Jahres 2012 habe ich hier noch einmal zusammengefasst:

Verlängerung Afghanistaneinsatz (ISAF): *Ja*

Finanzhilfe Griechenland: *Ja*

Atalanta: *Nein*

KFOR: *Ja*

UNIFIL: *Ja*

Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts: *Ja*

Europäischer Stabilitätsmechanismus: *Ja*

Fiskalpakt: *Ja*

ESM-Finanzierungsgesetz: *Ja*

Finanzhilfen für Spanien: *Ja*

Abkommen zwischen Deutschland und der Schweiz: *Nein*

UNAMID: *Ja*

Transparenz bei Nebeneinkünften: *Ja*

UNMISS: *Ja*

Betreuungsgeld: *Nein*

Praxisgebühr: *Ja*

Finanzhilfen für Griechenland: *Ja*

Beschneidung, Gesetzentwurf der Bundesregierung (17/11295):  
*Ja*

Ergebnisse der Gutachten zu Umweltauswirkungen von Fracking zügig umsetzen (17/11829): *Ja*

Active Endeavour: *Nein*

Bundeswehreinsetzung Türkei, Beschlussempfehlung 17/11892: *Ja*

## Drei Jahre im Bundestag in Zahlen

gefahrte Kilometer mit der Bahn *ca. 37.000*

eingegangene E-Mails *ca. 79.000*

schriftliche Anfragen an die Bundesregierung *ca. 150*

beantwortete Bürgeranfragen *ca. 1.620*

Sitzungen des Verteidigungsausschusses *128*

Redezeit im Deutschen Bundestag *8.103 Sekunden*

namentliche Abstimmungen *83*

Besucher im Bundestag *ca. 3.000*

Praktikantinnen und Praktikanten *31*

Tweets auf Twitter *3.345*

gefahrte PKW-Kilometer *ca. 96.250*



## Junge Menschen in der Politik

Es ist mir ein ganz besonderes Anliegen, junge Menschen für Politik zu interessieren. Mir ist es wichtig, dass sie sich mit ihren Ideen und Gedanken in unsere Gesellschaft einbringen. Unsere Demokratie lebt vom Mitmachen und da ist vor allem auch die junge Generation gefordert. Ich freue mich daher sehr, dass regelmäßig Praktikantinnen und Praktikanten mein Büro bei der Arbeit unterstützen. Am Praktikanten-Schreibtisch in Berlin sitzen dann für einen Zeitraum von einer Woche bis zu zwei Monaten motivierte Schülerinnen und Schüler oder Studentinnen und Studenten. Ihre Aufgaben reichen dabei von der Begleitung meiner Termine in Berlin, über die Vor- und Nachbereitung meiner politischen Arbeit für meinen Wahlkreis, bis hin zur Unterstützung meines Teams bei den alltäglichen Aufgaben im Büro.



Im Jahr 2012 haben mich insgesamt zwölf junge Menschen als Praktikanten unterstützt. Den Anfang machten Nora aus Soltau, Hauke aus Walsrode und Nils aus Oldenburg. Alle drei haben bei mir ihr zweiwöchiges Schulpraktikum absolviert. Über zwei Monate unterstützte mich Christoph aus Berlin, der sein Praktikum nutzte um seine Bachelor-Arbeit mit dem thematischen Schwerpunkt auf Afghanistan und seine Nachbarstaaten zu schreiben. Johanna aus Rotenburg absolvierte im Frühjahr für zwei Wochen ebenfalls ihr Schulpraktikum bei mir. Danach waren, jeweils für zwei Wochen, Emma (Berlin), Robert (Bomlitz) und Tillmann (Wohnste) Teil des Teams Klingbeil in Berlin. Achim aus Tostedt und Lars-Sophie aus Jork waren dann im September und Oktober am Praktikanten-Schreibtisch tätig. Den Abschluss für das Jahr 2012 übernahmen Johanna aus Munster und Bonnie aus Berlin.

Bei allen Praktikantinnen und Praktikanten habe ich gemerkt, dass bei jungen Menschen ein Interesse für politische

Zusammenhänge besteht. Häufig fehlt es aber an der richtigen Ansprache durch die Politik. Auch deswegen versuche ich möglichst häufig mit jungen Menschen im Wahlkreis zusammen zu treffen, um über Politik zu diskutieren und Interesse zu wecken. Wer mehr über die Erfahrungen der einzelnen Praktikanten bei mir im Büro wissen will, findet auf meiner Website eine „Praktikanten – Hall of Fame“: <http://www.lars-klingsbeil.de/team/praktikanten-hall-of-fame/>

Neben den Praktikantinnen und Praktikanten begleiten mich aber noch viele andere junge Menschen bei meiner Arbeit. So dürfen die Abgeordneten des Deutschen Bundestages jedes Jahr eine Schülerin/einen Schüler oder eine junge Berufstätige/einen jungen Berufstätigen für das Parlamentarische Patenschaftsprogramm (PPP) zwischen den USA und Deutschland vorschlagen. Ziel des PPP ist es, der jungen Generation in beiden Ländern die Bedeutung freundschaftlicher Zusammenarbeit, die auf gemeinsamen politischen und kulturellen Wertvorstellungen beruht, auf anschauliche Weise zu vermitteln. Das PPP-Stipendium ermöglicht einen im Sommer beginnenden einjährigen Aufenthalt in den USA. Zurzeit lebt Mara aus Rotenburg bei einer Gastfamilie in Ohio. Sie hält mich regelmäßig per E-Mail auf dem Laufenden und ich freue mich, dass ihr das Austauschjahr so gut gefällt.

Darüber hinaus veranstaltet die SPD-Bundestagsfraktion jedes Jahr einen Girls‘ Day, bei dem bis zu 60 Mädchen hinter die Kulissen des Bundestages schauen dürfen. Im Jahr 2012 hat mich Sophie aus Soltau besucht und am zweitägigen Programm teilgenommen. Außerdem veranstaltet die SPD-Bundestagsfraktion jedes Jahr eine Woche für Gewerkschaftsjunioren sowie ein dreitägiges Planspiel. Im Jahr 2012 war Anneka vom Gymnasium Munster beim Planspiel „Zukunftsdialog“ dabei. Über drei Tage hat sie zusammen mit 140 anderen Jugendlichen die Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion simuliert und „meine“ Aufgaben wahrgenommen.

Ich freue mich, wenn junge Menschen sich einbringen und sich für Politik interessieren. Bei Fragen zu einem Praktikum oder zu einem der anderen Programme, können sie sich daher gerne jederzeit bei mir melden: [lars.klingsbeil@bundestag.de](mailto:lars.klingsbeil@bundestag.de)

## Tour der Ideen 2012

Auch im Sommer 2012 bin ich wieder auf eine Tour der Ideen gegangen. Im Vordergrund dieser jährlichen Tour stehen dabei die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger und ihre Ideen, wie wir unsere Gesellschaft verbessern können. In unserer Region gibt es viele Menschen, Vereine und Betriebe die sich engagieren und sich für ein gutes Zusammenleben einsetzen. Im Alltag gibt es aber Hürden, die nicht vor Ort aus dem Weg geräumt werden können. Hier ist es Aufgabe der Politik zu unterstützen und zu helfen. Damit meine Arbeit in Berlin nicht an den Herausforderungen der Menschen vorbei geht, rufe ich jeden Sommer dazu auf, mir Anregungen für meine Tour der Ideen zu geben. Per Anruf, E-Mail, Facebook und Twitter, aber vor allem im direkten Gespräch auf der Straße, konnte ich dabei viele neue Ideen aufnehmen. Ich habe mich sehr über das große Engagement gefreut.

Berichte von allen Besuchen im Sommer 2012 würden den Rahmen meines Rechenschaftsberichtes sprengen. Viele von ihnen sind auf meiner Homepage [www.lars-klingsbeil.de](http://www.lars-klingsbeil.de) nachzulesen und unter <http://larsklingsbeil.tumblr.com/> zu finden. Ich möchte Sie aber trotzdem zu einer kurzen Rückschau auf drei meiner Tourtage von Mitte Juli bis Anfang September einladen.



Tourstart war in der Samtgemeinde Ahlden. Begonnen habe ich den Tag auf dem Mühlenhof in Eilte. Die Leiterin Jana Görndt hat mich über das Gelände geführt und das Konzept der Einrichtung erklärt. Dort wird intensiv mit Jugendlichen mit seelischer Behinderung gearbeitet. Institutionen wie der Mühlenhof übernehmen eine ganz wichtige Rolle in unserer Gesellschaft. Es

muss Aufgabe der Politik sein, Häuser wie den Mühlenhof so gut wie möglich zu unterstützen. Danach ging es in die Gemeinde Hodenhagen zum örtlichen Deichverband, um mehr über die Aktivitäten und Planungen zu erfahren. Die Reform der Wasserschifffahrt in Deutschland wird auch Konsequenzen für die Instandhaltung und den Bau der Deiche haben. Deswegen habe ich die in Hodenhagen gesammelten Informationen direkt an meine Kollegen im Verkehrsausschuss weitergegeben.



Das Projekt „AM Turm 5“ stand als nächstes auf dem Terminzettel: Ein Sozialraumprojekt das unterschiedliche Angebote für Kinder, Jugendliche und Erwachsene und ein Miteinander der Generationen und Nationalitäten direkt an der Aller-Meiß-Halle bietet. Dieses Projekt ist wirklich vorbildlich und ich würde mir wünschen, wenn viele Gemeinden diesem Vorbild folgen. Den Schluss des ersten Tourtages bildete ein Besuch an der Aller. Dort haben wir Schleuse und Wehr besucht und ich habe mich mit den Bürgermeistern der Region und Vertretern des Wasser- und Schifffahrtsamtes Verden über die Pläne der schwarz-gelben Bundesregierung ausgetauscht. Ich werde mich auch 2013, wie schon 2012, dafür einsetzen, dass die Entscheidungen nicht über die Köpfe der Gemeinden hinweg, sondern mit den Menschen getroffen werden. Eine Herabstufung der Aller hätte weitreichende Auswirkungen.



Am Tag sechs stand meine Heimatstadt Munster auf dem Programm. Begonnen habe ich ihn in den Heidewerkstätten Munster. Die Werkstätten sind eine Einrichtung für Menschen mit Behinderung. Über 120 Menschen arbeiten dort – mitten in der Stadt und gut integriert. Gemeinsam mit Vertretern meines Ortsvereins habe ich mir erst die Werkstatt angesehen und dann mit der Geschäftsführung, der Leitung und dem Werkstatttrat noch ein politisches Gespräch geführt. Im Mittelpunkt stand dabei das Thema Inklusion. Die kleinen und großen Herausforderungen vor Ort habe ich dann mit nach Berlin genommen.



Weiter ging es zu Wladimir Rudolf, einem anerkannten Künstler aus Munster. Obwohl Herr Rudolf sein Atelier nur wenige Meter von meinem Zuhause entfernt hat, schaffe ich es leider viel zu selten dort vorbeizuschauen. Seine Kunstwerke und die seiner Frau findet man übrigens hier: [www.art-ru.de](http://www.art-ru.de). Es ist wirklich schön, dass ein Künstler, der mittlerweile auch in Kalifornien ausstellt, dem ländlichen Raum treu geblieben ist.

Danach ging es zum WIS – Wehrwissenschaftliches Institut für Schutztechnologien – wo wir über den Schutz vor ABC-Waffen gesprochen haben, im Auslandseinsatz der Bundeswehr aber auch bei Gefahren im Inland. Der Leiter des Instituts informierte mich über die relevanten Änderungen am WIS durch die Bundeswehrreform. Weiter sahen wir uns die sogenannte „Mikrowelle“ an. Dort geht es um die Erforschung von High-Power Electromagnetics (HPEM), also die Frage wie elektromagnetische Gefahren entstehen können und wie dem entgegengewirkt werden kann. In der „Mikrowelle“ werden auch Dingos und andere Fahrzeuge aus dem Einsatz getestet.



Den Abschluss des Tages in Munster bildete ein Besuch beim Bildungswerk der Niedersächsischen Wirtschaft. Danach ging es dann noch weiter nach Bad Fallingb. An der Heidmarkhalle feierte der Kreisschützenverbandsvorsitzende Hans-Heinrich „Heini“ Wussow sein 40. Zeltlager. Mehrere hundert Jugendliche finden sich dort jedes Jahr zu einem großen Zeltlager zusammen. Heini Wussow organisiert diese jährlich. Ein wirklich vorbildliches Engagement, vor dem ich sehr viel Respekt habe.



Am fünfzehnten Tag meiner Tour ging es in die Samtgemeinde Sottrum. Zu Beginn traf ich mich im Sottrumer Rathaus mit dem Samtgemeindegemeindevorstand Markus Luckhaus und den Bürgermeistern der Mitgliedsgemeinden. Wir haben Themen besprochen, die die Kommunen bewegen: Vom Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung über die Kommunal Finanzen, bis zum barrierefreien Ausbau des Bahnhofs in Sottrum und den Lärmschutz in Everinghausen. Vom Rathaus ging es mit der Gemeinde-Bürgermeisterin Christa Kirchhof zur neu erbauten Skateranlage. Die Halfpipe wird bald folgen. Danach ging es zum Bahnhof, um hier die Überquerung zu besichtigen. Der Bahnhof Sottrum braucht dringend zwei Fahrstühle, um endlich

barrierefrei zu sein. Ich hatte schon Vertreter der Deutschen Bahn nach Sottrum geholt, die aber auch keine schnelle Hilfe zusagen konnten. Nun aber scheint es endlich Licht am Ende des Tunnels zu geben. Der Druck hat sich ausgezahlt.

Vom Bahnhof ging es zum Solarpark in Hassendorf. Der Bürgermeister Klaus Dreyer erläuterte uns die Entstehung des Parks und die aktuellen Herausforderungen. Weiter ging es zu Sylke Bahrenburg. Frau Bahrenburg betreibt in Hellwege einen Friseursalon, ein Kosmetikstudio und ein Day Spa. Ich habe ein sehr nettes Gespräch mit Frau Bahrenburg und ihrem Mann über die Chance geführt, einen solch großen und modernen Salon im ländlichen Raum aufzubauen. Mittlerweile verteilt sich alles auf drei Häuser. Wobei im Salon, der im letzten Jahr gebaut wurde, mit „Cut & Musik“ ein spannendes Konzept umgesetzt wird: Manchmal Friseursalon, manchmal Livemusik. Der Mut vom Ehepaar Bahrenburg scheint sich jedenfalls ausgezahlt zu haben. Ich war sehr beeindruckt von ihrem Engagement.





Den Abschluss des Tages bildete ein Besuch in Stapel bei JFW Historische LKW e.K., der einzigen Fachwerkstatt in Deutschland, in der ausschließlich ältere LKWs restauriert, renoviert und repariert werden. Fünf Fachkräfte rund um Jan Walther arbeiten hier teilweise bis zu drei Jahre, um historische Fahrzeuge wieder „fit“ zu machen. Einige spannende Fotos hierzu gibt es unter [www.lkw-restaurierung.de](http://www.lkw-restaurierung.de). Insgesamt habe ich sehr viel Neues in Sottrum kennengelernt und gute Ideen mitnehmen können.





Wie Sie an den einzelnen Beispielen erkennen, durfte ich viel kennenlernen und konnte einige politische Forderungen mitnehmen. Ich richte meine Politik an den tatsächlichen Herausforderungen vor Ort aus und werde deshalb auch im Sommer 2013 auf meine Tour der Ideen gehen. Ich würde mich freuen, wenn Sie mir Ihre Ideen mitteilen, Ihren Verein vorstellen oder mich in Ihrem Unternehmen empfangen würden. Melden Sie sich einfach unter [lars.klingbeil@bundestag.de](mailto:lars.klingbeil@bundestag.de).

## Das Jahr 2013

Für das Jahr 2013 habe ich mir gemeinsam mit meinem Team viel vorgenommen. Auf den bevorstehenden Bundestagswahlkampf freue ich mich sehr. Ich will zusammen mit der SPD deutlich machen, dass wir den Mut haben, Entscheidungen zu treffen und die gesellschaftlichen Herausforderungen anzugehen. Mindestlohn, Leiharbeit, Pflege, Regulierung der Finanzmärkte – die Themen liegen auf der Hand. Wir brauchen wieder mehr Gerechtigkeit in Deutschland. Vor Ort möchte ich das Direktmandat erringen. Meinen politischen Stil, der auf Dialog und Offenheit setzt, werde ich beibehalten.

Aber das Jahr 2013 besteht nicht nur aus Wahlkampf. Die Diskussionen um das Fracking in unserer Region werden weiterhin andauern. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir bessere Mitsprachemöglichkeiten vor Ort brauchen. Zu dem benötigen wir verbindliche Umweltverträglichkeitsprüfungen – auch für die Verpressung von Lagerstättenwasser. Durch den Regierungswechsel in Niedersachsen hin zu Stephan Weil wird es hier auf Landesebene wichtige Weichenstellungen geben. Jedoch brauchen wir auch Veränderungen auf Bundesebene. Hier muss etwa das Bergrecht geändert werden. Schwarz-gelb hat hierfür nicht die notwendige Kraft.



Die Kollegen von Neupack in Rotenburg sind auch im Jahr 2013 im Arbeitskampf. Ein Ende ist nicht absehbar. Dies hat nochmal verdeutlicht: Wir müssen noch intensiver über Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt reden. Dumpinglöhne, ausufernde Leiharbeit, prekäre Beschäftigung, Abbau von Arbeitnehmerrechten – all diese Dinge müssen endlich wieder unter Kontrolle gebracht werden. Auch der massive Abbau der schwarz-gelben Bundesregierung in der aktiven Arbeitsmarktpolitik wird von uns weiter thematisiert werden.

Allein durch die Veröffentlichung der Machbarkeitsstudie zur Y-Trasse im Frühjahr, wird uns auch dieses Thema in 2013 beschäftigen. Ich werde mich weiterhin dafür einsetzen, dass in bestehende Strecken investiert wird, anstatt an der unterfinanzierten und verkehrspolitisch fragwürdigen Y-Trasse festzuhalten. Die Veröffentlichung der Studie wird zudem Auswirkungen

auf die Planung der Amerikalinie haben. Hier will ich erreichen, dass der Ausbau vorangetrieben wird. Aber auch die Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung, sowie die Nutzung der Straße über den Truppenübungsplatz, der Lärmschutz an der A7 und die Rastanlage Allertal, werden im Jahr 2013 wieder wichtige verkehrspolitische Themen sein.

Ganz besonders möchte ich im Jahr 2013 die sozialen Bereiche in den Fokus rücken: Betreuung und Pflege. Hier wird großes und wichtiges geleistet. Häufig nicht mit der ausreichenden Wertschätzung für die Menschen, die hier aktiv sind. Auch die Finanzierung der sozialen Bereiche kommt viel zu kurz. Wir werden nicht umhin kommen die Pflegebeiträge zu erhöhen und im Betreuungsbereich Gelder anders einzusetzen: Statt in Betreuungsgeld wollen wir in den qualitativen und quantitativen Ausbau der Angebote investieren.



In meinem vierten Jahr als Mitglied des Deutschen Bundestages freue ich mich über jede Idee und jeden Hinweis von Ihnen. Politik ist dazu da, Dinge zu verändern. Falls Sie also ein Anliegen haben, kommen Sie gerne jederzeit auf mich zu. In diesem

Frühjahr bin ich auf einem intensiven Bürgerdialog, um mit den Menschen direkt in Kontakt zu treten. Ich absolviere hierzu Hausbesuche und Bürgersprechstunden. Aber ich bin natürlich auch jederzeit über Facebook, Twitter oder per E-Mail zu erreichen. Ich freue mich auf Ihre Nachricht.

## Lassen Sie uns in Kontakt bleiben

Danke, dass Sie meinen Rechenschaftsbericht 2012 gelesen haben. Auch im vergangenen Jahr habe ich gemerkt, dass viele der besten Ideen und Initiativen in der Politik von Ihnen ausgehen. Engagierte Bürgerinnen und Bürger, die sich vor Ort einsetzen und Gedanken über ihre Region machen, sind oft der Ausgangspunkt für meine politische Arbeit. Für die breite Unterstützung und gute Zusammenarbeit möchte ich an dieser Stelle einmal Danke sagen.

Auch 2013 wird ein bewegendes Jahr. Am 22. September 2013 wird der 18. Deutsche Bundestag gewählt und ich trete im Wahlkreis 35 Rotenburg I - Heidekreis erneut für das Direktmandat an. Auch nach drei Jahren im Bundestag macht es mir nach wie vor Freude mich für unsere Region einzusetzen und gemeinsam mit Ihnen unsere Gesellschaft zu verändern. Dies möchte ich gerne vier weitere Jahre machen. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie mich auf diesem Weg unterstützen. Kommen Sie auf mich zu.



Sprechen Sie mich auf Veranstaltungen an, schreiben Sie mir eine E-Mail, schauen Sie in meinen Büros in Walsrode und Rotenburg vorbei oder kontaktieren Sie mich bei Facebook oder Twitter. Ich freue mich darauf.

Um immer auf dem Laufenden zu bleiben, empfehle ich Ihnen meinen Newsletter zu abonnieren. Hierfür müssen Sie nur Ihre Daten auf folgender Website eintragen:  
<http://www.lars-klingbeil.de/aktuell/newsletter>

Gerne können Sie aber auch in meinem Büro Bescheid geben oder unter [lars.klingbeil@bundestag.de](mailto:lars.klingbeil@bundestag.de).

Ich freue mich auch im Jahr 2013 auf interessante Diskussionen und viele gute Ideen.

Ihr  
  
Lars Klingbeil, MdB